

EHE FÜR ALLE IM BUNDESRAT BESCHLOSSEN

Nach der emotionalen Bundestagsabstimmung über den Gesetzentwurf zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, hat nun auch der Bundesrat dem Entwurf zugestimmt. Nach der Unterzeichnung von Präsident Frank-Walter Steinmeier sollen homosexuelle Paare ab dem 1. Oktober offiziell heiraten dürfen. Die Abstimmung verlief ohne Einschreiten des Vermittlungsausschusses und war eindeutig, die schwarz-gelbe Regierung in Nordrhein-Westfalen hatte sich unter anderem enthalten.

KOMMENTAR

»G20 NICHT NUR VERTEUFELN!«

Von Alice Greschko

Der G20-Gipfel löste eine Kaskade von unglücklichen Ereignissen in Hamburg aus - Polizei und Demonstranten scheinen in einer Gewaltspirale gefangen zu sein. Autos brennen, Aggression wird von beiden Seiten ausgeübt, die Beschuldigungen über Provokationen sind schwer zu nachzuverfolgen. Hamburg hat zudem Kosten in Millionenhöhe zu bewältigen.

Die Kritik der moderaten G20-Gegner richtet sich gegen die ungezähmte Globalisierung, ausbeuterischen Kapitalismus und steife Machtstrukturen - natürlich ist ein großer Teil der Kritik berechtigt. Die 20 wirtschaftsstärksten Länder setzen sich zusammen und gestalten einen Teil der Welt - dieses Konzept wirkt elitär, exklusiv und realitätsfern. Zudem sollte man im Zuge der Versammlungsfreiheit Demonstrierenden auch die Freiheit zuteil kommen lassen, ihre Meinung kundzutun. Aber werden die G20 im Vergleich zu den Vereinten Nationen nicht unverhältnismäßig stark kritisiert?

Was häufig vergessen wird, ist, dass die G20-Staaten im Gegensatz zu den Vereinten Nationen tatsächlich in wichtigen Momenten eine Durchschlagskraft und Effizienz haben, und dabei nicht nur Reichtum verkörpern. Mit den Staaten Indien, Indonesien, China, Brasilien, Südafrika oder Russland wird nicht nur die globale Finanz- und Wirtschaftselite vertreten, sondern auch zwei Drittel der Weltbevölkerung, darunter auch arme Menschen und diejenigen, die Teil des sozialen Aufstiegs werden möchten.

Wenn man darüber hinaus den Umgang mit der Finanzkrise nach dem Lehman-Brothers-Crash 2008 betrachtet, dann wird deutlich, dass die G20 viel schneller agieren konnten als die Vereinten Nationen. Die G20 hatten bereits Maßnahmen zur globalen Bekämpfung der finanziellen Unsicherheit verabschiedet und auch nur peripher betroffene Staaten involviert, als die Vereinten Nationen noch im Anfangsstadium der Entwurfsvorbereitung waren. Die strukturelle Trägheit der Vereinten Nationen mit einem Sicherheitsrat, der aus der Ordnung des 20. Jahrhunderts erwachsen ist und in Krisenzeiten durch wenig Kooperation und Veto-Politik auffällt, resultiert zwar aus der Fülle der Mitgliedsstaaten, schließt aber nicht die Gleichberechtigung der Teilnehmer ein. Dass die G20 auch Druck auf den Internationalen Währungsfonds gegen Steueroasen erfolgreich implementierten und mehr Regulierung gegen das Hin- und Herschieben von Geldern mächtiger Konzerne einforderten, fällt vor allem im Vorlauf zu Gipfeltreffen unter den Tisch. Diese Maßnahmen bändigen die Globalisierung und versuchen ihr zumindest einen vagen Rahmen zu geben. Es ist nicht alles schwarz-weiß!

Dass Art und Vorgehen der G20 vielen missfällt, ist zwar verständlich, aber gerade in unsicheren Zeiten mit einer Karikatur von einem Präsidenten in den USA, autoritären Machthabern oder einer vom Brexit überforderten Theresa May sind die Staatsfrauen und -männer es den Bürgern schuldig die Diplomatie zu stärken und direkt miteinander zu reden, anstatt über Twitter große Wellen zu machen.

BUNTES AUS BERLIN

"SAYONARA TOKYO" IM WINTERGARTEN BERLIN



Foto: Wintergarten Berlin

Anlässlich seines 25. Geburtstags lädt das Variété Theater Wintergarten zwischen dem 12. Juli 2017 und dem 18. Februar 2018 zu dieser neuen Show ein.

Tanz, Artistik, Gesang und Popkultur des fernöstlichen Landes verbinden sich in "Sayonara Tokyo".

Die Show ist die aufwändigste, die es im Wintergarten je gab und verspricht voller bunter Farben, Unterhaltung und Dynamik zu sein. Geishas, Tamagotchis und Mangas dürfen dabei selbstverständlich nicht fehlen.

"Sayonara Tokyo" - die Show mit einer Fülle japanischen Charms und Kultur.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschko
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschko, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

INNOVATIVE HOCHSCHULEN UNTERSTÜTZEN



Foto: Jan Kopetzky

Von Michael Kretschmer, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion CDU/CSU

Mit dem Wettbewerb „Innovative Hochschule“ unterstützt der Bund Hochschulen, die in Forschung und Lehre neue Wege gehen wollen. Ich freue mich

sehr, dass sich alle sächsischen Fachhochschulen zum Verbund „Saxony5“ zusammen getan haben und mit ihrem Konzept erfolgreich waren. Die ausgewählten Hochschulverbünde werden für eine Dauer von bis zu fünf Jahren in einer Höhe von bis zu drei Millionen Euro jährlich in einem Bund-Land-Verhältnis von 90:10 gefördert.

Von 118 Bewerbungen hat ein Expertengremium der GWK 48 Hochschulen in 19 Einzel- und 10 Verbundvorhaben ausgewählt. Es handelt sich um 35 Fachhochschulen, eine Kunst- und Musikhochschule sowie zwölf Universitäten und Pädagogische Hochschulen. Das entspricht einer Beteiligungsquote der Fachhochschulen von 75 Prozent. Besonders erfreulich ist zudem der hohe Anteil von erfolgreichen Fachhochschulen aus den ostdeutschen Flächenländern.

NEUE SANKTIONEN GEGEN KATAR

Dem Emirat Katar drohen erneut Sanktionen von seinen Nachbarländern, da die Forderungen bisher nicht erfüllt worden seien. Unter anderem hatten Saudi-Arabien und Ägypten dafür plädiert, den Fernsehsender "Al Jazeera" zu schließen, außerdem sollte Katar die diplomatischen Beziehungen zum Iran einschränken.

Gerade Saudi-Arabien macht Druck und hat sich mit drei weiteren Staaten für mehr Sanktionen zusammengeschlossen. "Wir werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, politische, wirtschaftliche und rechtliche, wie und wann wir es für angebracht halten, um unsere Rechte, Sicherheit, Stabilität und Interessen vor der

aggressiven Politik der Regierung Katars zu schützen" heißt es in einer Erklärung, die arabischen Medien vorlag. Die geopolitische und religiöse Rivalität zum Iran scheint dabei im Vordergrund zu stehen.

Katar wird vorgeworfen, Terroristen finanziell zu fördern, bzw. ihnen Unterschlupf zu gewähren. Gleichzeitig steht allerdings auch Saudi-Arabien unter Verdacht, ideologische Lesarten des Korans zu exportieren, die Radikalisierung begünstigen.

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel bestätigte bei seiner Reise in den Nahen Osten, dass die Situation sehr komplex sei und eine baldige Lösung unwahrscheinlich ist.

DIPLOMATISCHE VERSCHÄRFUNG ZWISCHEN DEN NIEDERLANDEN UND DER TÜRKEI

Die niederländische Regierung hat den türkischen Vizepremier Tugrul Türkes zur persona non grata erklärt - er sei unerwünscht.

Zuvor hatte der Politiker das Vorhaben geäußert, an einer Gedenkveranstaltung zum Putschversuch teilnehmen zu wollen. Die niederländische Regierung erklärte, dass angesichts der Entwicklungen zwischen beiden Staaten, ein Besuch in dieser Form nicht erwünscht sei.

Im März hatten die Spannungen zwischen Den Haag und Ankara den Höhepunkt erreicht, als die niederländische Regierung türkischen Ministern im Zuge des Wahlkampfes zum Verfassungsreferendum ein Redeverbot erteilt hatte.

Man sei bereit die Gespräche wieder aufzunehmen, die Normalisierung der Beziehungen sei erwünscht, aber man könne nicht über das Geschehene hinwegsehen, erklärten die Niederländer.

AUTOKRATISCHER FÜHRUNGSSTIL VON DUTERTE IMPONIERT FILIPINOS

Die Beliebtheit des Präsidenten der Philippinen, Rodrigo Duterte, steigt weiter. Der autokratische Führungsstil des Staatsoberhaupts scheint bei den Einheimischen gut anzukommen - mit brutaler Härte und Entschlossenheit geht er gegen Drogendealer, aber auch gegen Kritiker vor.

Dem Meinungsforschungsinstitut Social Weather Stations nach, zeigen sich 75% der Befragten dem Präsidenten gegenüber

wohlgesonnen, lediglich zwölf Prozent zeigen sich unzufrieden.

Berichten zufolge starben seit dem Amtseintritt von Duterte Tausende Menschen bei den Razzien, außerdem gilt das Kriegsrecht in der Provinz Mindanao, aus welcher Duterte stammt.

Der Präsident geht dort jedoch nicht gegen Drogendealer vor, sondern gegen islamistische Kämpfer.

EUROPÄISCHE UNTERNEHMEN SCHWÄCHELN BEIM BÖRSENWERT

Einer Studie der PricewaterhouseCoopers (PwC) hat ergeben, dass US-amerikanische Unternehmen einen immer höheren Börsenwert erzielen und somit die europäischen Konkurrenten sukzessiv abhängen. Die zehn größten Unternehmen weltweit kommen aus den USA. Auf der Liste der 100 wertvollsten Unternehmen an den Börsen sind in diesem Jahr 55 aus den USA und nur 22 aus Europa - der Unterschied vergrößerte sich im Vergleich zum vergangenen Jahr. 2016 waren noch 24 europäische Unternehmen auf

der Liste.

Die Experten von PwC geben an, dass vor allem das Bankenwesen und die Technologiekonzerne in den USA den Ton angeben, daher ist es keine Überraschung, dass Apple und Google-Mutterkonzern Alphabet die wertvollsten Unternehmen sind. Während in den USA innovative Technologien und die Digitalwirtschaft blühen, hinken die EU-Staaten noch hinterher, teilweise auch wegen der anhaltenden Haushaltskrise in den südlichen Mitgliedsstaaten.

MUSK MIT PLÄNEN FÜR SUPERBATTERIE

Tesla-Chef Elon Musk hat in Australien seine neue Idee vorgestellt: der Unternehmer möchte im Süden des Landes die größte Anlage zur Speicherung von erneuerbaren Energien der Welt bauen. Das Batteriesystem soll bis zum Ende des Jahres 30.000 Haushalte mit einer Leistung von 100 Megawatt versorgen können, für den Bau sind 100 Tage angesetzt. Die Regierung des Bundesstaates Südastralien hatte im vergangenen Jahr eine Ausschreibung veröffentlicht, um alternative Energieversorgungsmöglichkeiten für die Region zu gewährleisten. Nach Wetterschäden waren 2016 über 1,7

Millionen Menschen über mehrere Tage vom Stromnetz abgeschnitten, auch Telefonleitungen funktionierten nicht. Musk hatte mit seinem Projekt den Zuschlag erhalten. Australiens Premierminister Malcolm Turnbull hatte sich zwar für den Ausbau von fossilen Energiequellen positioniert, allerdings unterstützt ein wachsender Teil der Bevölkerung erneuerbare Energien, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Australien hält bisweilen stark an konservativen Energien fest, die Regierung, darunter auch der klimaskeptische Umweltminister, unterstützen den traditionellen Kohleabbau.

NORDKOREANISCHES GELD VON USA BEI BANKEN BESCHLAGNAHMT

Die Spannungen zwischen den USA und Nordkorea wachsen. Die amerikanische Staatsanwaltschaft hat acht Großbanken, unter anderem die Deutsche Bank, im Visier, um Gelder zu beschlagahmen. Bei den Geschäften, die den Behörden aufgefallen waren, handle es sich um unrechtmäßige Transaktionen mit nordkoreanischen Tarnfirmen. Die Summe beläuft sich auf knapp 700 Millionen Dollar. Die Banken stehen allerdings nicht unter

Verdacht bewusst gegen Sanktionen gegen den kommunistischen Staat verstoßen zu haben. Die US-Behörden gehen davon aus, dass bei den Geschäften auch das nordkoreanische Militär profitiert haben solle. Folglich sind nun Banken dazu angehalten, von den identifizierten Unternehmen weiterhin Überweisungen anzunehmen, das Geld jedoch zu beschlagnahmen und den Abzug zu verhindern.

PERSONALIEN

LIMINSKI IST CHEF DER STAATSKANZLEI NORDRHEIN-WESTFALEN

Nathanael Liminski (31) ist zum Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen ernannt worden. Seit 2014 war er Fraktionsgeschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen. Liminski arbeitete als Redenschreiber für den ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und Ministerpräsident Volker Bouffier sowie für Ursula von der Leyen und Karl-Theodor zu Guttenberg. Vor seinem Wechsel nach Nordrhein-Westfalen war er im Leitungsstab des Bundesinnenministeriums unter Thomas de Maizière tätig.

ENGLER NEUER VORSTANDSVORSITZENDER DES FORUMS FÜR AUTOMATENUNTERNEHMER

Andreas Engler (52) ist ab sofort neuer Vorstandsvorsitzender des Branchenverbands Forum für Automatenunternehmer. Er folgt auf Hans-Dieter Pohlkötter, der das Amt aus familiären Gründen vor Ende der regulären Amtszeit abgegeben hat. Engler ist seit 2011 Inhaber der Firma Müller Automaten in Konstanz und seitdem auch Mitglied im Verband. Seit 2016 ist er Mitglied des achtköpfigen Vorstands.

AIWANGER IST SPITZENKANDIDAT DER FREIEN WÄHLER

Hubert Aiwanger (46) ist auf der Länderratssitzung der Freien Wähler zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2017 gewählt worden. Im Wahlkampf wird Aiwanger durch die Spitzenkandidaten der jeweiligen Länder unterstützt. Momentan sind die Freien Wähler im Bayerischen Landtag und im Europäischen Parlament vertreten. Die Partei trat 2013 erstmals zur Bundestagswahl an und erreichte ein Prozent der Stimmen.

AUFSTIEGS-BAFÖG WIRD IMMER STÄRKER IN ANSPRUCH GENOMMEN

Bildungsministerin Johanna Wanka zeigt sich erfreut über die Resonanz des Aufstiegs-BAFöGs für Berufsbildungskarrieren. Eine statistische Erhebung zeigte, dass die Förderleistung 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 Prozent gestiegen war - mehr Menschen greifen wieder auf die Unterstützung zur beruflichen Weiterbildung zurück.

WORTE DER WOCHE

»Nordkorea hat gerade eine weitere Rakete gestartet. Hat dieser Typ nichts Besseres in seinem Leben zu tun?«

Donald Trump, US-Präsident, zum nordkoreanischen Raketentest und bezieht sich auf Kim Jong Un.

»Ich werbe für wechselseitigen Respekt sowohl für Ehen zwischen Mann und Frau, aber auch, wenn gleichgeschlechtliche Paare Verantwortung übernehmen.«

Horst Seehofer, Bayerns Ministerpräsident, lässt offen, ob seine Landesregierung gegen den Bundestagsbeschluss zur Ehe für alle vor dem Bundesverfassungsgericht klagen wird.

»Donald Trump wird unserem schönen Planeten vermeidbaren ökologischen Schaden zufügen, indem er die Beweise für den Klimawandel leugnet.«

Stephen Hawking, britischer Physiker, über scharfe Kritik an Donald Trumps Klimapolitik.

»Aber im Cricket sind die Deutschen scheiße.«

Gary Lineker, englischer Fußballstar, nach den Erfolgen der Deutschen beim Confed-Cup und der U21-EM.

»Ich bin überzeugt, dass diese beiden neue Botschafter unserer Freundschaft werden.«

Xi Jinping, Chinas Präsident, nach einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über die beiden Panda-Bären, die er dem Berliner Zoo geschenkt hat.

»Wir teilen die deutschen Prioritäten.«

Wladimir Putin in einem Gastbeitrag im Handelsblatt über die wirtschaftlichen Entwicklungen.

»Wenn Sie was Ordentliches gelernt haben, dann brauchen Sie keine drei Minijobs.«

CDU-Generalsekretär Tauber via Twitter.

»Um Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, müssen wir global handeln. Beim Klimaschutz. Bei der Entwicklungszusammenarbeit. Bei der Terrorbekämpfung. Bei der fairen Gestaltung des Welthandels. Mit einem US-Präsidenten, der den Klimawandel für 'fake news' hält und statt auf internationale Kooperation auf 'America first' setzt, wird das sehr schwer.«

Martin Schulz in einem Gastbeitrag auf Xing Klartext.

TERMINE

11.7. BMUB ZUR BÜRGERBETEILIGUNG

Tagung des Bundesbauministeriums zum Thema „Bürgerbeteiligung auf Bundesebene – Erfolge und Perspektiven“, u.a. mit dem Staatssekretär im Bundesumweltministerium Jochen Flasbarth, Anna Renkamp von der Bertelsmann Stiftung und der Bürgervertreterin im Nationalen Belegitium Bettina Gaebel Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Stresemannstraße 128-130, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

12.7. KONFERENZ DER EXPORTINITIATIVE ENERGIE DES BMWI

Konferenz der Exportinitiative Energie des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema „Internationale Ausschreibungen von Projekten klimafreundlicher Energielösungen - Der Weg zur erfolgreichen Bewerbung deutscher Unternehmen“, u.a. mit dem Direktor des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft in Washington Dr. Christoph Schemione, der Abteilungsdirektorin Qualitätssicherung und Prozesse bei der KfW Entwicklungsbank Martina Koch und dem Vorstandsvorsitzender von Global Partners Bayern Thomas Wüst Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Eingang Invalidenstraße 48, 10115 Berlin (Anmeldung erforderlich).

12.7. BÖLL-STIFTUNG ZUM POSTWACHSTUM

Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema „Postwachstums-Politiken in Zeiten von Rechtspopulismus“, u.a. mit dem Nachhaltigkeitsforscher Prof. Reinhard Loske, dem Senior Advisor Globale Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtsstrategien am Wuppertal Institut Prof. Hermann E. Ott und der Projektleiterin Sozial-ökologische Transformation beim Deutschen Naturschutzring Theresa Klostermeyer Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

12.7. KAS ZUM ATTENTAT VOM 20. JULI

Vortragsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zum Thema „Die Freiheit aller liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen“, u.a. mit dem Chef des Bundeskanzleramts Peter Altmaier Konrad-Adenauer-Stiftung - Akademie, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin (Anmeldung erforderlich).